Arbeitsvertrag für geringfügig beschäftigte Arbeitnehmer in einem Unternehmen (Teilzeittätigkeit - "Minijob")

Fyonka Barber Shop GmbH

Wallstr. 15

01067 Dresden

Deutschland

– im Folgenden Arbeitgeber –

{{name}}

{{strasse}}

{{plz\_ort}}

{{land}}

– im Folgenden Arbeitnehmer –

# Beginn des Arbeitsverhältnisses, Art und Ort der Tätigkeit

* 1. Der Arbeitnehmer wird ab dem {{beginn}} als "{{position}}" eingestellt.
  2. Der Arbeitgeber ist berechtigt, dem Arbeitnehmer vorübergehend oder dauerhaft auch andere gleichwertige Tätigkeiten zuzuweisen, die den Qualifikationen und Erfahrungen des Arbeitnehmers entsprechen.

# Arbeitszeit

* 1. Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt {{arbeitszeit\_stunden}} Stunden ausschließlich der Pausen. Die Lage der täglichen Arbeitszeit richtet sich nach den Vorgaben des Arbeitgebers.
  2. Der Arbeitnehmer wird auf Anordnung des Arbeitgebers vorübergehend Überstunden bis zur Grenze von maximal 20 % seiner regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit leisten, jedoch nur bis zur Grenze der jeweils anwendbaren gesetzlichen Höchstarbeitszeiten.

# Vergütung und Steuer

* 1. Der Arbeitnehmer erhält ein monatliches Gehalt von {{gehalt}} Euro brutto. Die pauschalierte Lohnsteuer von 2 % des monatlichen Bruttogehalts trägt der Arbeitnehmer; der Arbeitgeber behält den Betrag ein und führt ihn für den Arbeitnehmer ab.
  2. Für jede angeordnete und geleistete Überstunde im Sinne von § 2 Abs. 2 dieses Arbeitsvertrags hat der Arbeitnehmer Anspruch auf Freizeitausgleich. Der Ausgleich muss innerhalb von sechs Kalendermonaten oder 24 Wochen erfolgen. Die Lage des Freizeitausgleichs legt der Arbeitgeber auf Antrag des Arbeitnehmers fest.
  3. Der Arbeitgeber weist den Arbeitnehmer darauf hin, dass er der Versicherungspflicht in der Rentenversicherung unterliegt und daher monatlich einen pauschalen Betrag entsprechend den jeweils geltenden rentenversicherungsrechtlichen Vorschriften an die Rentenversicherung abführen muss; diesen Betrag behält der Arbeitgeber ein und führt ihn an die Rentenversicherung ab. Der Arbeitgeber weist den Arbeitnehmer auch darauf hin, dass er sich nach § 6 Abs. 1b SGB VI als geringfügig Beschäftigter von seiner Versicherungspflicht in der Rentenversicherung befreien lassen kann. Die Befreiung gilt nur für die Zukunft. Den entsprechenden Antrag auf Befreiung hat der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber zu übergeben. Der Arbeitgeber verpflichtet sich, spätestens sechs Wochen nach Erhalt des Antrags auf Befreiung eine entsprechende Meldung an die zuständige Einzugsstelle zu machen.
  4. Alle Zahlungen an den Arbeitnehmer erfolgen bargeldlos auf ein von dem Arbeitnehmer zu benennendes Konto bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Bank.

# Urlaub

Der Arbeitnehmer hat in jedem Kalenderjahr einen Anspruch auf bezahlten Erholungsurlaub von {{urlaub}} Arbeitstagen bezogen auf eine Vier-Tage-Woche gemäß § 2 Abs. 1 dieses Arbeitsvertrags. Es gelten die Regelungen des Bundesurlaubsgesetzes in seiner jeweils geltenden Fassung.

# Arbeitsverhinderung

Im Falle der Arbeitsunfähigkeit wegen Krankheit oder Unfall gelten die gesetzlichen Regelungen, insbesondere das Entgeltfortzahlungsgesetz in seiner jeweils geltenden Fassung mit der Maßgabe, dass der Arbeitnehmer verpflichtet ist, eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung bereits am ersten Tag der Arbeitsunfähigkeit vorzulegen.

# Verschwiegenheit

* 1. Der Arbeitnehmer ist während des Arbeitsverhältnisses verpflichtet, alle ihm aufgrund seiner Tätigkeit bekannt gewordenen vertraulichen Geschäftsvorgänge, insbesondere Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse sowie die als vertraulich gekennzeichneten Geschäftsvorgänge, Dateien und Unterlagen, streng vertraulich zu behandeln und dazu unbefugten Dritten, auch anderen damit nicht vertrauten Mitarbeitern des Arbeitgebers, keinerlei Informationen zu geben oder den Zugriff auf vertrauliche Dateien und Unterlagen zu ermöglichen.
  2. Diese Verpflichtungen gelten auch nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses fort.

# Geistiges Eigentum

* 1. Für Erfindungen oder technische Verbesserungsvorschläge des Arbeitnehmers gilt das Arbeitnehmererfindungsgesetz in seiner jeweils geltenden Fassung.
  2. Für alle übrigen Arbeitsergebnisse des Arbeitnehmers gilt das Urhebergesetz in seiner jeweils geltenden Fassung, insbesondere § 69b UrhG in seiner jeweils geltenden Fassung.

# Wettbewerbsverbot

Während des Arbeitsverhältnisses ist jede Konkurrenztätigkeit des Arbeitnehmers gemäß § 60 HGB analog unzulässig; der Arbeitnehmer darf zu dem Arbeitgeber insbesondere nicht durch selbstständige Tätigkeit oder als Arbeitnehmer eines Dritten in Wettbewerb treten.

# Keine weitere geringfügige Beschäftigung, Schadensersatzpflicht

* 1. Der Arbeitnehmer versichert, dass er bei Beginn dieses Arbeitsverhältnisses keiner weiteren geringfügigen Beschäftigung nachgeht. Er verpflichtet sich, dem Arbeitgeber seine Absicht, eine weitere geringfügige Beschäftigung aufzunehmen, unverzüglich und vor dem Beginn der weiteren geringfügigen Beschäftigung anzuzeigen.
  2. Der Arbeitnehmer wird dem Arbeitgeber jeden Schaden ersetzen, der dem Arbeitgeber dadurch entsteht, dass der Arbeitnehmer seinen Pflichten gemäß Abs. 1 nicht nachgekommen ist.

# Dauer und Beendigung des Arbeitsverhältnisses

* 1. Die ersten sechs Monate des Arbeitsverhältnisses sind Probezeit. In dieser Probezeit gilt eine Frist von zwei Wochen für eine ordentliche Kündigung des Arbeitsverhältnisses sowohl durch den Arbeitgeber als auch durch den Arbeitnehmer. Nach Ablauf der Probezeit gelten die gesetzlichen Kündigungsfristen gemäß § 622 BGB.
  2. Das Arbeitsverhältnis endet in jedem Fall, ohne dass es einer Kündigung bedarf, am Ende des Monats, in dem der Arbeitnehmer das Alter der für ihn geltenden Regelaltersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung erreicht.
  3. Das Arbeitsverhältnis endet auch mit Ablauf des Monats, in dem ein Bescheid des zuständigen Sozialversicherungsträgers dem Arbeitnehmer zugestellt wird, der die dauerhafte volle Erwerbsminderung oder Erwerbsunfähigkeit des Arbeitnehmers feststellt, es sei denn, dass der Arbeitnehmer vor Ablauf der Widerspruchsfrist seinen Antrag auf Feststellung der Erwerbsunfähigkeit zurücknimmt oder auf einen Antrag auf Rente auf Zeit beschränkt. Der Arbeitnehmer hat den Arbeitgeber unverzüglich über den Zugang eines entsprechenden Bescheids des Sozialversicherungsträgers zu informieren. Erhält der Arbeitnehmer aufgrund des Bescheides nach Satz 1 nicht sofort eine Rentenzahlung, endet das Arbeitsverhältnis entsprechend erst mit Ablauf des dem erstmaligen Rentenbezug vorhergehenden Tages. Im Fall der Gewährung einer Rente auf Zeit ruht das Arbeitsverhältnis mit der Suspendierung der Hauptleistungspflichten der Vertragspartner für die Dauer der Rentenzahlung, jedoch längstens bis zu dem Beendigungszeitpunkt nach Satz 1 bzw. Satz 3.

# Rückgabe von Gegenständen und Unterlagen

Auf Aufforderung des Arbeitgebers hat der Arbeitnehmer jederzeit alle Gegenstände des Arbeitgebers und geschäftlichen Unterlagen aller Art, egal ob in fester oder elektronischer Form, einschließlich Duplikaten, Kopien, elektronischen Daten, Passwörtern etc. und einschließlich der auf dienstliche Angelegenheiten und Tätigkeiten sich beziehenden persönlichen Aufzeichnungen an den Arbeitgeber herauszugeben. Im Fall der Beendigung des Arbeitsverhältnisses ist der Arbeitnehmer unaufgefordert zur unverzüglichen Rückgabe nach Satz 1 verpflichtet.

# Verfallen von Ansprüchen

* 1. Alle Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis und solche, die mit dem Arbeitsverhältnis in Verbindung stehen, sind innerhalb von drei Monaten nach ihrer Fälligkeit mit einer Erklärung in Textform geltend zu machen. Für die Fristwahrung ist der Zugang der Erklärung bei dem anderen Vertragspartner maßgeblich. Wird diese Frist versäumt, verfallen die Ansprüche ersatzlos.
  2. Die Regelungen zum Verfall von Ansprüchen nach Abs. 1 gelten nicht für Ansprüche, die sich aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit ergeben sowie für Ansprüche aus vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzungen; ebenso gelten sie nicht für gesetzlich unabdingbare Ansprüche wie z. B. insbesondere Ansprüche des Arbeitnehmers auf den gesetzlichen Mindestlohn.

# Öffnungsklausel für Betriebsvereinbarungen

Für den Fall, dass für den Betrieb, dem der Arbeitnehmer angehört, zukünftig Betriebsvereinbarungen geschlossen werden sollen, können die Rechte und Pflichten aus diesem Arbeitsvertrag durch Regelungen in einer Betriebsvereinbarung geändert werden. Dies gilt auch, wenn die Regelung in einer zukünftigen Betriebsvereinbarung für den Arbeitnehmer ungünstiger ist als die vertragliche Vereinbarung. Von dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der abweichenden Regelung in der Betriebsvereinbarung an, gilt ausschließlich die Regelung der Betriebsvereinbarung.

# Schlussbestimmungen

* 1. Dieser Arbeitsvertrag regelt die arbeitsvertraglichen Beziehungen der Vertragspartner abschließend. Nebenabreden sind nicht getroffen. Änderungen und Ergänzungen des Arbeitsvertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für die Änderung dieser Schriftformabrede.
  2. Sollte eine Bestimmung dieses Arbeitsvertrages ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, so wird hierdurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt.

Ort, Datum

Arbeitgeber

Ort, Datum

Arbeitnehmer